





# Abbau der Warenpreise ist dringendes Gebot

Eine bedeutungsvolle Tagung der christlichen Gewerkschaften und des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine

Anfang Juni fand eine Zusammenkunft der zentralen Führer der einzelnen Berufsverbände innerhalb des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften innerhalb des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine statt. Die Tagung hatte zum Ziel die Erörterung:

1. Inwieweit im allgemeinen von der Warenpreis-senkung die schwere Wirtschaftskrise überwunden oder wenigstens wesentlich erleichtert und einem schnellen Ende zugeführt werden kann;
2. Mit welchen Kräften und Mitteln die Arbeiterschaft selbst an der Erreichung dieses Zieles aktiv mitwirken muß.

Die sehr ernste Beratung fand unter dem Vorsitz des ersten Vorsitzenden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, statt. Sie wurde durch einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Prof. Desjauer wirkungsvoll eingeleitet. Desjauer zeichnete in kurzen Strichen die tiefere Ursache der gegenwärtigen atonalen Krise, deren Charakteristikum sich aus der Gegenüberstellung der drei Faktoren ergibt: Umsatzzolumen, Festhalten der Konsumantenpreise bei sinkenden Produzentenpreisen, und Arbeitslosigkeit. Sinngemäß führte Desjauer dazu u. a. aus:

Seit dem neuen Jahre haben wir eine starke Reduzierung der Umsatzzolumina auf fast allen Gebieten. Zugleich sind die Preise einer großen Anzahl industrieller Grundstoffe gesunken. Gemessen an das Jahr 1926 gleich 100 sanken die nicht gebundenen Preise bis Anfang Mai 1930 auf 82, die gebundenen hingegen bis 105. Die Einschränkung des Umsatzzolumens brüdt sich in der Arbeitslosigkeit aus, die gegenüber dem Vorjahre um 60 Prozent gestiegen ist.

### Das Festhalten der Konsumantenpreise

bei harter Senkung der Produktionspreise ist folgenreicher. Sie bleiben trotz harter Senkung der Produktionspreise fest. Zudem setzen die Preispannen stellenweise noch recht hoch. Die Preispanne zum Beispiel vom Weizen Brot habe sich gegenüber 1913 glatt verdoppelt. Ein vergleichendes Bild geben die Ziffern des Gesamtgroßhandelsindex zum Gesamtverbrauchsindex.

	Gesamt- Handelsindex	Gesamt- Verbrauchs- index	Differenz
1926 . . . . .	134,4	141,2	6,8
1929 . . . . .	137,2	153,8	16,6
1930 April . . . . .	126,4	147,4	21,0
Mai (28) . . . . .	125,2	146,7	21,5

Aus dem Zusammenpiel der drei genannten Faktoren ergibt sich notwendig eine wachsende Verengung des gesamten Wirtschaftsvolumens. Die Arbeitslosigkeit schränkt die Lebenshaltung ein. Der Einzelhandel hat geringere Umsätze und sucht naturgemäß die Beeinträchtigung durch größeren Gewinn am Einzelstück auszugleichen. Infolgedessen bleibt die Kaufkraft des Lohnes trotz absinkender Grundpreise gestieft, während bei Angleichung der Detailpreise an die Grundpreise sich die Kaufkraft des Lohnes festern würde. Damit würde der Umsatz gesteigert, wodurch wiederum die Produktion sich erhöhen könnte. Die Versuche, in bedrohten Produktionszweigen nur die Nominallöhne zu reduzieren, werden ohne besondere Wirkung bleiben, weil das gleichzeitig eine Senkung der Kaufkraft bedeutet. Die Ansicht, daß diese Krise überwiegend oder vorwiegend eine Krise des Baumarktes sei, trifft nicht voll zu. Die Arbeitslosigkeit hat auf anderen Gebieten, insbesondere im Maschinenbau, in fast allen Zweigen der Metall- und Spinnstoffindustrie sowie in der Brau- und Steinkohlenindustrie ebenso zugenommen.

### Eine Senkung der Detailpreise ist notwendig

Die Krise würde wesentlich leichter und in ihrem Abau schneller sein, wenn die Detailpreise der absinkenden Bewegung der Grundstoffpreise gefolgt wären. Das Band wird die Krise zuerst meistern und einen außerordentlichen Vorsprung vor allen anderen Ländern gewinnen, das am ersten selbst den Weg der größtmöglichen Warenpreissenkung beschreitet. Ein vergrößelter Umsatz wird nicht nur jeden Dauerhaften ausschließen, sondern sich sehr zum Nutzen wenden. Notwendig sei ein Zurückgehen auf die im Dezember 1925 vom damaligen Reichstagsrat Luther in einem Beschlusseurteil gemachten Vorschläge. Der Entwurf blieb im Reichsrat stecken. Er enthält Bestimmungen über einen Vergleich zur Abminderung des Konsumes, ferner Maßnahmen gegen Ringabmachungen, Abänderung der Kartellverordnung, Abänderung der Gewerbeordnung. In bezug auf die Kartellverordnung erklärte Desjauer, daß auch die heutige Kartellverordnung gar nicht so unbrauchbar sei, wenn sie nur im rechten Geiste angewandt werde. Es müsse mit Hilfe der Mittelstandsverbände den interessierten Kreisen klargemacht werden, daß eine Senkung der Detailpreise im Interesse des Mittelstandes selbst liege und eine notwendige Maßnahme zur Vermeidung noch schwererer Gefahren darstelle. Eine derartige förmlich-friedliche Einwirkung müsse unterstützt werden durch die öffentliche Meinung, insbesondere auch durch das Vorangehen der Konsumgenossenschaften. Nur im äußersten Falle müsse man an ergänzende gesetzliche Maßnahmen denken.

Für dringend notwendig hielt Prof. Desjauer außerdem noch eine andere Preisstellung der deutschen Wirtschaft gegen die Preisabmachung betr. und ein energischer Kampf gegen die zu hohen Zinsen. Desjauer brauchte hier mit Recht das Wort von den „Wurzeln“.

Nach Prof. Desjauer sprach Reichstagsabgeordneter Peter Schlaak als Direktor des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine. Er stimmte den Ausführungen Desjäuers im wesentlichen zu, machte jedoch darauf aufmerksam, daß Preisvergleiche mit früheren Jahren nur unter Berücksichtigung anderer bei Waren vertretenden Momente gezogen werden dürften. Die gestiegenen Mieten und Steuern (soweit wie Fortschritt in sozialer und arbeitsrechtlicher Beziehung seien dabei zu berücksichtigen). Auch sei daran zu denken, daß die Rationalisierung im Handel keine Arbeitskräfte in dem Umfange freisetze, wie in den Produktionsbetrieben. Der Dienst am Kunden erfordere heute im Handel mehr Menschen. Im übrigen stimme es zweifellos, daß viele Warenpreise noch zu hoch seien.

Die Konsumvereine hätten, ganz abgesehen von ihrer ohnehin preisbildenden Wirkung in letzter Zeit die Preise wesentlich gesenkt. Und sie würden auch weiterhin einen resoluten Druck auf die noch zu hohen Preise durch eigene mutige Preisentfaltungen ausüben. Andere Genossenschaftsvertreter machten die gleichen Zusagen. Arnold Biffels, der Geschäftsführer des Konsumvereins „Wohlfahrt“ in Eichen-Artelstein, gab Kenntnis von seiner Aktion gegen die ungerichtetsten Preise von Markenartikeln. Er hat die von den Markenfirmen zum Zwecke der Hochhaltung der Preise vorgeschriebenen Preislisten durchbrochen. Auf den Erfolg kann man gespannt sein.

Außer Schlaak, Biffels und anderen Vertretern der Konsumvereine sprachen die Gewerkschaftsvertreter Imbusch, Baltrusch, Fahrenbach, Schmitz, Schmidt, Krüger u. a. Einmütig bestand darin, unter allen Umständen gegen die zu hohen Preise, vor allem gegen die gebundenen Preise, die geradezu eine Volksgefahr bedeuten, anzugehen. Die Gewerkschaftsvertreter erkannten den vorbereiteten Willen der Konsumvereine, das Preisgebäude durch eigene energische Preisentfaltungsmassnahmen ins Wanken zu bringen, an, und versprachen ihrerseits die bestmögliche Unterstützung. Es muß aber auch jedem Gewerkschaftler zur Pflicht gemacht werden, seinen Wareneinkauf in weitmöglichstem Maße bei den

Konsumvereinen vorzunehmen. Ohne die nachhaltige Unterstützung aller Gewerkschaftler mag auch der beste Wille der Konsumvereine scheitern. Eine Entschliessung im Sinne der beiden Referate fand einstimmige Annahme.

Prof. Desjauer sprach in seinem Schlußwort von der hohen Befriedigung, die ihm erfüllt, einer so wirkungsvollen und verantwortungsbewußten Tagung beigewohnt zu haben. Er sei erfreut über den neugekräftigten Fakt der Freundschaft zwischen den Konsumvereinen und den Gewerkschaften. Dieser werde zweifellos Erfolge zeitigen, wenn beide Teile entsprechend dem Geiste der Versammlung wirken.

# Ein Nachmittag den Gewerkschaftlerfrauen

Einer Einladung der Arbeitsgemeinschaft christl. Berufsverbände in Dortmund an die Frauen unserer Mitglieder für den Nachmittag des 2. Juli zu einem gemeinsamen Kaffe waren circa 250 Personen gefolgt. Kollege Kambüßler vom graphischen Gewerbe begrüßte alle auf das herzlichste und ging dabei gleichzeitig näher auf den Zweck der Veranstaltung ein. Die schlechten Zeiten mit ihrer großen Arbeitslosigkeit hätten in manchen Familien Not und Sorge getragen. Die Frau als Verwalterin des Einkommens der Arbeiterschaft habe ganz besonders darunter zu leiden. Es sei oftmals ein großes Kunststück, mit den einkommenden Geldern auch nur das Notdürftigste zu beschaffen. Darum sei es vor allen Dingen notwendig, sich Redenshaft darüber abzulegen, ob auch das Einkommen im Sinne der Arbeiterschaft und im Interesse der Familie selbst so angelegt würde, daß der größte Nutzen herauskäme.

Die Frau und besonders die Gewerkschaftsrau habe eine große Mission zu erfüllen. Sie sei dazu berufen, am Aufstieg der Arbeiterschaft mitzuwirken. Milliardenbeträge gingen jährlich durch die Hände der Arbeiterfrauen. Diese rational zu verwenden und schon dadurch das Realeinkommen der Arbeiterschaft zu steigern, sei notwendig. Alle wirtschaftlichen und sozialen Ergründungen kommen in erster Linie den Arbeiterfamilien zugute. Aber auch Verschlechterungen auf diesem Gebiete würden im Arbeiterstande am meisten zu spüren sein. Der erbitterte Kampf, der gegen die Sozialversicherung geführt würde, könne nur von einer starken, gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft abgemehrt werden. Darum sei Geschlossenheit, Opferbereitschaft und Treue zur Gewerkschaftsbewegung notwendig. Trotz allem Kampfe dürfte die Arbeiterschaft den Glauben an sich selbst und an die Zukunft nicht verlieren.

Inzwischen war Kaffee und Kuchen aufgetragen und alle Teilnehmerinnen ließen es sich prächtig schmecken. Hierfür hatte die Konsumgenossenschaft Eintopf gefertigt, und man hörte manches anerkennende Wort über die Güte des Gebotenen.

Als Vertreter der Genossenschaft war Kollege Kalkeltkamp erschienen, der in ausführlicher Weise den Frauen klarmachen verstand, daß Gewerkschaft und Genossenschaft miteinander Hand in Hand arbeiten müßten. Er weist auf die hohe Aufgabe der Konsumvereine hin, der Arbeiterschaft reelle und gute Ware zu billigen Preisen zu verkaufen. Wenn in der heutigen Zeit die Konsumgenossenschaftsbewegung nicht so ausgebaut wäre, würde mancher zum Leben notwendige Artikel nicht für den derzeitigen Preis zu haben sein. Der Kleinträger dürfe mit seinen Preisen nicht über die der Konsumgenossenschaft hinausgehen, weil er sonst nichts verkaufen könne. Die Genossenschaft wirt dadurch preisregulieren. Seine Ausführungen fanden die Zustimmung aller Anwesenden und dürften auch dieser Bewegung neue Anhänger gewonnen sein.

Kollege Grevenkamp vom Zentralverband christl. Arbeiter sprach dann über einige, die Frauen interessierende Angelegenheiten der Arbeitsgemeinschaftsverbände. Die Zeitung „Tremonia“ hatte den Frauen eine besondere Nummer der Zeitung ausgelegt. Kollege Kambüßler wies darauf hin, wie wichtig es sei, daß die Arbeiterschaft arbeitsmerkmale Zeitungen halte und unterstütze. Die Presse, die überwiegend im

# Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der berufstätigen Frauen

Von der erwerbstätigen Bevölkerung sind etwa ein Drittel Frauen. Mit Ausnahme der Kohlebergbauindustrie, der Bearbeitung des Rohmaterials der Schwerindustrie und einigen besonders gesundheitsgefährlichen Industriezweigen ist Frauenarbeit überall eingeleitet. Gelernte und angelernte Arbeit wird von Frauen geleistet. Sofern in einem Berufszweig eine Verengung üblich ist, wird diese von den jungen Mädchen in gleicher Weise wie von dem jungen Manne zurückgelegt. Wie überhaupt die Bestrebungen nach einer guten Berufsausbildung der Mädchen sich immer fester durchsetzen. An sich sollte damit auch eine bessere Bewertung der Frauenarbeit Hand in Hand gehen. Davon sind wir jedoch noch weit entfernt. Denn die Frau hat ein viel geringeres Einkommen als der Mann, der in den gleichen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, auch wenn die gleiche Arbeitsleistung vorliegt. Ingesamt gesehen, sind die Fraueneinkünfte weit geringer als die Männerlöhne. Daß Frauenarbeit wegen ihrer Billigkeit in vielen Betrieben den Vorzug erhält, ist kein Schlagwort, sondern leider Tatsache. Die Lohnpanne liegt bei den Angestellten zwischen 10 und 25 Prozent. Bei den gewerblichen Arbeiterinnen sinkt sie bis zu 40 Prozent herab. Das geringe Einkommen ermöglicht den berufstätigen Frauen von vornherein nur eine ganz bescheidene Lebensführung. Fast muß man sich wundern, wie ein Auskommen überhaupt möglich ist. In sehr vielen Fällen haben die berufstätigen Frauen — was meist übersehen wird — auch noch Verpflichtungen anderen gegenüber, haben mit dem bescheidenen Einkommen noch Eltern oder sonstige Angehörige mit zu versorgen und zu unterstützen.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenberufsverbände hat sich die Aufgabe gestellt, Material über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der berufstätigen Frauen zu beschaffen. Die angeschlossenen Verbände haben unter ihren Mitgliedern eine Erhebung veranstaltet. Rund 50 000 Fragebogen sind zusammengekommen und in einer Broschüre verarbeitet: „Die wirtschaftlichen und sozialen Ver-

hältnisse der berufstätigen Frauen. Erhebung 1928/29. Durchgeführt von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenberufsverbände. Carl Heymanns Verlag, Berlin, 1930.“ (Zu beziehen durch den Christlichen Gewerkschaftsverlag zum Vorzugspreise von 2,20 M.).

Das besonders Wertvolle ist bei dieser Erhebung, daß die verschiedensten Berufstriebe erfaßt werden konnten. Dadurch wird es möglich, einen Einblick in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der geborenen Frauenberufe, wie Lehrerin und Wohlfahrtsprüferin, zu gewinnen, aber auch die Verhältnisse der kaufmännischen Angestellten und der Arbeiterinnen kennenzulernen. Die Erhebung mußte nach der Struktur der Berufe naturgemäß verschiedentlich gehalten werden. Doch wurde das Material wieder nach einheitlichen Gesichtspunkten bearbeitet. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Lehrerin und Wohlfahrtsprüferin liegen günstiger als die der anderen Berufe, da sich hier die Gehälter nach der Befolgsordnung richten. Die Berufsverteilung dauert allerdings mehrere Jahre und verursacht erhebliche Aufwendungen. Auch die sozialen Verpflichtungen spielen bei den Frauen in geborenen Berufen eine große Rolle. Von dem Verband der katholischen Lehrerinnen sind etwa 10 000 Fragebogen zurückgekehrt worden. 71 Prozent hatten Eltern oder Angehörige teilweise ganz mit zu versorgen bzw. zu unterstützen. Von den 15 000 erfassten Wohlfahrtsprüferinnen gaben 39 Prozent Unterstützungserpflichtungen an.

Ganz anders liegen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bei den weiblichen Angestellten und den Arbeiterinnen. Von den weiblichen Angestellten wurden 25 000 Fragebogen zurückgekehrt, von den Arbeiterinnen 12 625. Gewiß reichen die Zahlen nicht aus, um allgemeine gültige Schlusfolgerungen zu ziehen. Dennoch dürfte das gemauerte Material eine Menge wertvoller Erkenntnisse bringen. Es handelt sich bei den Erfaßten ausschließlich um organisierte Frauen, die zu tariflichen Bedingungen arbeiten. Trotzdem ist der gewonnene Eindruck der deutschen Angestellten. Wie mag es erst dort aussehen, wo die Frauen keinem gewerkschaftlichen Berufsverband angehören? Bei den Angestellten sind alle vorkommenden Berufszweige beteiligt, Kontoristinnen, Stenotypistinnen,

Buchhalterinnen, Verkäuferinnen usw., bei den Arbeiterinnen vorwiegend Textilindustrie, Bekleidungs-, Tabak-, Nahrungsmittelgewerbe, Metallindustrie, Fabrikarbeit und Lederindustrie. Zunächst wurde das Alter der Erfaßten und der Familienstand festgestellt. Bei den Angestellten besteht die Hälfte der Erfaßten aus jungen Menschen bis zu 25 Jahren. Nur ein Drittel der weiblichen Angestellten ist über 30 Jahre. Bei den Arbeiterinnen sind die Altersgruppen von 18 bis 24 und 25 bis 39 Jahren am häufigsten berufstätig, und zwar mit 32 und 32,7 Prozent Anteil. Über auch die Altersgruppe von 40 bis 64 Jahren ist noch mit 24,5 Prozent beteiligt. Die Berufstätigkeit beginnt meistens gleich nach der Schulentlassung.

94 Prozent der Angestellten sind ledig und nur 5,5 Prozent verheiratet, 1,3 Prozent verwitwet und 1,2 Prozent geschieden. Von den Arbeiterinnen sind aber 21 Prozent verheiratet. Die außerhäusliche Erwerbsarbeit der verheirateten Frau ist bei den Arbeiterinnen weit häufiger als in den anderen Berufsständen. Verwitwete Frauen wurden 6,5 Prozent gezählt, geschiedene 0,5 Prozent.

Nachdem die Berufsbedingungen geklärt sind, werden die Angaben über die Einkommensverhältnisse ausgewertet. 62,8 Prozent der Angestellten erhalten ein Bruttoeinkommen von 101 bis 200 Mtl. monatlich, 26 Prozent liegen unter 100 Mtl. Vier Fünftel aller erfaßten Angestellten kommen über ein Bruttoeinkommen von 200 Mtl. monatlich nicht hinaus. Davon gehen für soziale Versicherung und Steuern noch etwa 10 bis 15 Prozent ab. Das Einkommen der Arbeiterinnen liegt aber noch weit unter dem der Angestellten. Die Lohnpanne zwischen 21 und 25 Mtl. Bruttolohn wöchentlich ist am härtesten besetzt, nämlich mit 26,7 Prozent, d. h. die Arbeiterinnen haben nach erfolgter Abgaben von Versicherungsbeiträgen etwa 18 Mtl. Markt zur Bestreitung der Lebenskosten einschließlich Bekleidung zu ihrer Verfügung. Die nächsthöhere Gruppe hat 26 bis 30 Mtl. = 25 Prozent und die nächstnächste 18 bis 20 Mtl. = 21,7 Prozent. Der Hauptteil der Arbeiterinnen, nämlich 71,5 Prozent, hat einen Wochenlohn zwischen 18 und 30 Mtl.



Sinne der Unternehmer schreiben, müsse aus den Arbeiterhaushalten verschwinden.

Sobald Gedachte man noch besonders der nunmehr erfolgten Bekehrung deutschen Landes von fremder Besatzung. Einem begeisterten Hoch auf das deutsche Vaterland folgte das Deutschlandlied.

Neben diesen ersten Anlegenheiten wurden auch Humor und Fröhlichkeit gepflegt. Für gute Musik sorgte Herr Panik. Gegen Abend erschienen die Männer, und auch noch an der Veranstaltung teilzunehmen. Ein Gelegenheitsstänchen, unterbrochen von humoristischen Vorträgen und Liedern, hielt sämtliche Teilnehmer bis 11 Uhr abends zusammen. Beim Auseinandergehen hörte man von verschiedenen Seiten, daß diese Veranstaltung bei weitem der Beweis erbracht worden sei, daß bei richtiger Arbeitsgemeinschaftsarbeit sowohl in agitatorischer, wie in gesellschaftlicher Hinsicht, vieles erreicht werden kann, was bisher den einzelnen Organisationen nicht möglich war.

Seint. Grentkamp.

## Aus der Textilindustrie

Woll- und Haarhutindustrie.

Für die Facharbeiter in der Woll- und Haarhutindustrie beträgt der derzeitige Stundenlohn in Ludenwalde 75 Pfennig. Die Akkordlöhne müssen so bemessen sein, daß der Akkordarbeiter mindestens 25 Prozent zum Zeitlohn, somit 89,75 Pfennig, erreicht. Eine Höchstgrenze steht der Tarif nicht vor.

Für die Arbeiter in Ludenwalde, welche als Presser beschäftigt sind, haben in einer Reihe von Firmen das Akkordlohn erheblich überschritten. Aus diesem Grunde verlangen fünf Firmen eine Herabsetzung des Akkordlohnes für Capelinen um rund 25 Prozent. Das Interessante bei der Sache ist, daß man sich auf eine Sache festlegen will, während doch die technischen Einrichtungen einen einheitlichen Akkordlohn in der Woll- und Haarhutindustrie bislang nicht ermöglichten. Die ganze Angelegenheit scheint nichts anderes zu sein, als mit einer vollständig falschen Auslegung des Tarifvertrages einen Lohnabbau durchzusetzen. Sätten die Firmen individuell Anträge gestellt und auch die Begründung nach den Gesichtspunkten der einzelnen Firmen gegeben, wäre unsere Auffassung vielleicht eine andere. So aber kann man es nicht anders bezeichnen, als einen verdeckten Lohnabbau. Die fleißigen Arbeiter sollen für ihre Leistungsfähigkeit bestraft werden.

Der zentrale Schlichtungsausschuß für die Woll- und Haarhutindustrie hat es abgelehnt, mit der bisherigen Begründung der Arbeitgeber eine Entscheidung herbeizuführen, sondern hat in seiner Sitzung vom 8. Juli 1930 die Angelegenheit der zentralen Schlichtungskommission durch nachfolgenden Beschluß überwiesen:

„Die Sache wird zur anderweitigen Vorbereitung und nochmaligen Behandlung an den örtlichen Fachschlichtungsausschuß Ludenwalde zurückverwiesen, da die Tatbestände, die für die für jede einzelne Firma zu treffende Entscheidung maßgebend sind, bestritten und nicht genügend geklärt sind. Die Klärung ist insbesondere auch so zu gestalten, daß gemäß § 3 Abs. 4 des Manteltarifvertrages für jede Firma einwandfrei die Leistungsergebnisse der Presser festgestellt werden auf Grund der Lohnbücher für einen längeren Zeitraum (nicht nur der letzten Wochen). Ueber die Verhandlung ist eine eingehende Niederschrift aufzunehmen.“

Verhandlungen für die Strohhutindustrie in Bad Schandau.

Am 1. und 2. Juli fanden in Bad Schandau Verhandlungen statt über die Möglichkeit des Weiterbestehens des Tarifvertrages für die Strohhutindustrie. Arbeitgeberseite wurde der Wunsch ausgeprochen, neben der Herabsetzung der Grundlöhne für eine Reihe von Gesellschaften auch den Prozentigen Zuschlag auf die bisherigen Grundlöhne fallen zu lassen. Sie begründeten ihre Forderung mit dem allgemeinen Schreit nach Preisrenten, die aber nur dann kommen könne, wenn eine Lohnsenkung eintritt.

Die Arbeitnehmerorganisationen haben demgegenüber eine Erhöhung der Grundlöhne verschiedener Gesellschaften.

Es ist nur gut, daß der größte Teil der Angestellten (75,2 Prozent) und der Arbeiterinnen (75,4 Prozent) im Elternhause wohnt. Sonst wäre die wirtschaftliche und soziale Not der berufstätigen Frauen in Handel und Gewerbe überhaupt nicht auszubedenken. Eine selbständige Lebenshaltung ist mit diesem kleinen Einkommen nicht möglich.

Zuletzt werden die Unterhaltungsverpflichtungen festgestellt. Sie zeigen, daß trotz der bescheidenen Mittel, die zur Verfügung stehen, die berufstätigen Frauen in hohem Maße Eltern und Angehörige unterstützen und mitersorgen. Das Material ist in der Weise ausgewertet worden, daß bei den Angestellten, die im elterlichen Hause leben, 100 Mk. monatlich als Größenminimum gerechnet wurden. Was die Betreffende darüber hinaus abgab, ließ einen Unterhaltungsfall erkennen. 28,8 Prozent Unterhaltungsfall liegen bei den Angestellten vor. Größtenteils ist es die Mutter, die ganz mitersorgt wird, aber auch die Eltern, jünger oder fränk Gewisheit und sonstige Angehörige, für die mitgesorgt werden muß. Bei den Arbeiterinnen verhielt sich das Bild. Hier konnte das Größenminimum von 100 Mk., das bei den Angestellten gerechnet wurde, nicht angewandt werden, da das Einkommen größtenteils ja nicht so hoch war. Ein Größenminimum von 15 Mk. pro Woche oder etwas mehr als 60 Mk. monatlich mußte als Maßstab genommen werden. Trotz strengster Aushebung der Fälle war der Anteil der Unterhaltungsleistungen der ledigen Arbeiterin, die in der häuslichen Gemeinschaft ihrer Angehörigen lebt, mit 42 Prozent gegeben. Aber auch diejenigen, die auf sich allein angewiesen sind, möbliert oder im Heim wohnen, unterstützen noch irgendwie die Angehörigen. Wieder meistens die alte Mutter, die nicht am Arbeitsort der Tochter wohnen kann und dergleichen. Werden alle Gruppen der Unterhaltungsleistungen der Arbeiterinnen zusammengeordnet, so sind 89 Prozent der erfassten Arbeiterinnen daran beteiligt.

Die Erhebung zeigt über ihren eigentlichen Zweck hinaus, daß bei den berufstätigen Frauen eine hohe Verantwortung für die Familie vorhanden ist.

arten verlangt. Außerdem soll eine Umrechnung der Grundlöhne auf 100 Meter Gestick einschließlich des Zuschlages von 6 Prozent erfolgen. Auf die neuerechneten Grundlöhne wird ein Zuschlag von 15 Prozent gefordert. Ebenso sollen die Zeittlöhne um 15 Prozent erhöht werden. Um der großen Arbeitslosigkeit Rechnung zu tragen und um auch die Saison in der Strohhutindustrie auf eine längere Zeitdauer zu bringen, wurde weiter beantragt, die Arbeitszeit auf wöchentlich 42 Stunden festzusetzen.

Nach zweiseitiger Verhandlung konnte folgende Vereinbarung getroffen werden:

1. Der Stücklohn für Sommerhüte soll einschließlich des Prozentigen Zuschlages bis zum 30. November 1930 Geltung haben.
  2. Dergleichen soll der Stücklohn für Damenwinterhüte vom 8. Juli 1927 bzw. 27. Juni 1929 bis 30. November 1930 in Kraft bleiben.
  3. Der Manteltarif vom 31. August 1928 wird ausschließlich der Ziffer 6 verlängert bis zum 31. August 1931 mit der Maßgabe, daß in Ziffer 13 statt 78 und 130 Tage nunmehr 75 und 125 Tage gesetzt werden.
- Damit ist in der Strohhutindustrie die tarifvertragliche Ordnung auf ein weiteres Jahr gesichert. Um die Stücklöhne und die Zeittlöhntabelle zu besprechen wurden weitere Verhandlungen auf den 28. August 1930 festgesetzt.

## Ortsgruppenberichte

Tarifabschluss für das Maschinenergewerbe in Friedrichshafen.

Der günstige Ausgang der zentralen Tarifbewegung im Maschinenergewerbe im letzten Frühjahr liegt auch bei den Maschinenergewerbeten in Friedrichshafen den Wunsch reifen, eine tarifvertragliche Ordnung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten. Sie schlossen sich unserem Verbande an und ließen dann Mitte Mai der Schneiderzwangsinnung Beitritt, welcher die Friedrichshafener Einzelmeister angehören, Forderungen auf Abschluß eines Tarifvertrages zugeben.

Die damals in Frage kommenden Stundenlöhne bewegten sich zwischen 45 und 85 Pfg. Argenteine feste Norm bestand nicht. Gefordert wurde von der Gehilfenschaft Anerkennung des zentralen Mantelvertrages durch die Innung, sowie für die 1. Dristklasse ein Stundenlohn von 90 Pfg., für die 2. Dristklasse von 80 Pfg. Als Berechnungsgrundlage bei Stückerarbeit sollte die 3. Reichshundertkategorie gelten.

Da bei der Meisterchaft keine Verhandlungsbereitschaft zu erreichen war, wurde von der Bezirksleitung des Verbandes der Schlichtungsausschuß angerufen. Nach zweimaliger Verhandlung kam es zu einer Vereinbarung, nach welcher ab 23. 6. 1930 drei Dristklassen gelten. Die Stundenlöhne betragen in der ersten Klasse 85, in der zweiten 82 und in der dritten 78 Pfg. Für Stückerarbeit wurde die Reichshundertkategorie IV vereinbart.

Bei der vor kurzem getätigten Wahl zum Gewerkschaftsausschuß der Schneiderzwangsinnung wurden sämtliche Ausschussmitglieder und Ersatzleute der christlichen Liste gewählt.

Bei der Vorarbeit zur Gründung unserer Friedrichshafener Gruppe fanden wir tatkräftige Unterstützung durch den Kartellvorstand, Kollegen Karl Munding. Ihm sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt.

Unsere junge Gruppe in Friedrichshafen hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens gute Arbeit geleistet. Wir hoffen, daß die Mitglieder mit Fleiß und Ausdauer weiter arbeiten werden, damit das, was bei der ersten Bewegung nicht erreicht werden konnte, bei einer späteren um so sicherer erreicht wird.

Maschinenfabrik. Der Tarifstreik in der hiesigen Bahnmotorenfabrik hat seine Erledigung dadurch gefunden, daß die Firma sich dem Verband der Wäit. Schürzen, Wäsche- und verwandter Industrien angeschlossen hat. Damit fällt die Firma unter den diesem Verband mit den Gehilfenverbände abgeschlossenen Tarifvertrag, dessen Löhne zum Teil höher liegen als die, die vor dem von der Firma vollzogenen Lohnabbau bei der Firma gegolten haben. Unser Vorgehen hat also den Erfolg gehabt, daß nunmehr die Arbeiterinnen bei der Ravensburger Firma in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen den übrigen Wäit. Schürzen- und Wäsche- und verwandter Industrien gleichgestellt sind. Hoffentlich sorgen nunmehr auch die Arbeiterinnen dafür, daß ihre neuen Rechtsverhältnisse zum Betriebsinhaber nicht nur auf dem Papiere stehen, sondern auch in die Praxis umgesetzt werden.

Eine nicht gerade sühnlige Rolle hat bei diesem Tarifstreik der sogenannte „Betriebsrat“ der Firma gespielt. (Ein geleisteter Betriebsrat ist bei der Firma nicht vorhanden. D. H.) Dieser „Betriebsrat“ fühlte sich bemüht — ob auf eigene Initiative hin oder auf Betreiben des Firmeninhabers (selbst) — eine Gegenerklärung gegen unsere Verlautbarung zum Tarifkonflikt in der Tagespresse zu geben. Er wurde dafür von der „Aller Donauwacht“, einer sozialistischen Zeitung, nicht schlecht verpackt.

Wir sehen davon ab, vorläufig weiteres über die Vorkommnisse zu schreiben, da wir immer noch die Hoffnung haben, daß einmal wieder alle Arbeiterinnen der Firma in Solidarität zusammenstehen werden, um ihre Belange einheitlich zu vertreten. Daneben wünschen wir den Arbeiterinnen der Firma recht bald einen Betriebsrat, der seinen Namen wirklich verdient. b. h. einen Betriebsrat, der seine Aufgabe in erster Linie darin sieht, die Interessen der Arbeiterinnen des Betriebes zu wahren.

## Eine beachtliche Mahnung

Vom Deutschen Versicherungskonzern wird uns geschrieben:

Infolge der großen Arbeitslosigkeit sind manche der bei unserer Deutschen Lebensversicherung G.M.G. Versicherten nicht in der Lage, ihre Versicherungsbeiträge weiter zu entrichten. Leider machen diese von der Arbeitslosigkeit Betroffenen der Gesellschaft keine entsprechende Mitteilung, sie stellen insbesondere keinen Antrag auf Stundung der Beiträge, reagieren auch nicht auf Mahnungen; erst dann, wenn der unermessliche Zahlungsbefehl erfolgt, belauern sie sich bei ihren zuständigen Gewerkschafts-Gewaltigkeitsstellen. Es entstehen hierdurch nicht nur unliebbare Differenzen, sondern auch unnütze Kosten.

Es ist selbstverständlich, daß jede Versicherungsgesellschaft auf regelmäßige und pünktliche Zahlung der übernommenen Versicherungsbeiträge halten muß. Wogegen von dem großen sozialen und wirtschaftlichen Wert der

Versicherung, der freiwilligen Fürsorge für Not und Alter, ist die Gesellschaft gewungen, für die Einzahlung eingegangener Verpflichtungen einzutreten, weil sie selber ja auch eingegangene Verpflichtungen erfüllen muß. Unsere Deutsche Lebensversicherung G.M.G. hat zurzeit über eine halbe Million Versicherte. Im Jahre 1929 hat sie für Sterbefälle rund 15 Millionen Reichsmark gezahlt, ihre Prämienreserve betrug am 31. Dezember 1929 10,4 Millionen Reichsmark.

Aber auch aus andern Gründen hält die Gesellschaft auf pünktliche Zahlung der Versicherungsbeiträge. Vorkünftig aufgebundene Versicherungen sind immer mit einem Verlust für den Versicherten verbunden. Jede Versicherung wächst aus natürlichen Ursachen erst allmählich ins Geld. Die Gesellschaft handelt daher sowohl im Interesse des Versicherten als auch im eigenen, wenn sie auf die Aufrechterhaltung jeder Versicherung drängt, weil vorzeitige Aufgabe der Gesellschaft unproduktive Arbeit und dem Versicherten keine Verbriefung bringt.

Wenn sich die Gesellschaft aus den vorstehenden Gründen vor allem um die Aufrechterhaltung eingegangener Versicherungen bemüht, so ist sie andernfalls in Notfällen, wo beispielsweise Arbeitslosigkeit vorliegt, bereit, entweder die Beiträge zu stunden oder andere Hilfsmahnahmen zu treffen. Selbstverständlich muß ihr das Recht bleiben, den einzelnen Fall zu prüfen, weil recht häufig unzulässige Gründe geltend werden, um von der Versicherung wieder loszukommen; nicht selten stehen auch Konkurrenzgesellschaften dahinter. Es muß hinzugefügt werden, daß sehr oft diejenigen, die mit allen Mitteln von der Versicherung loszukommen versuchen, in schriftlicher Weise ihr Recht zu finden wissen, wenn in der Zeit, wo sie sich von der Versicherung befreien wollen, der Versicherungsfall eintritt. Sie drängen dann ebenso schärf auf Zahlung der Versicherungssumme.

Wir machen daher die Gewerkschaftsmitglieder darauf aufmerksam, daß sie in den Fällen, in denen sie ihre Versicherungsbeiträge nicht zu zahlen vermögen, sich an den zuständigen Vertreter der Versicherungsgesellschaft wenden, insbesondere rechtzeitig den Antrag auf Stundung stellen. Sie sollen, sobald die erste Mahnung eingeht, entweder den Rat der Gesellschaft einholen oder sich schon dann an ihren zuständigen Gewerkschaftsangehörigen wenden, nicht aber warten, bis der Zahlungsbefehl eingelaufen ist, weil hierdurch unnötige Kosten und Verärgertungen hervorgerufen werden. Die Gewerkschaftsangehörigen selber aber werden gebeten, den Mitgliedern an die Hand zu gehen, um einen beide Teile befriedigenden Ausweg herbeizuführen.

## Unsere Tageszeitung

Von einem tüchtigen Gewerkschaftler wird uns geschrieben: Eins ist mir in den letzten vier Wochen klar geworden. Unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ muß stärker in Arbeiter- und Angestelltenkreisen verbreitet werden. Bisher hörte ich auch schon immer wieder von Zeit zu Zeit den Ruf „Werbst für unsere Tageszeitung“, doch ehrlich gestanden — ich habe nicht so sehr darauf geachtet. Ich hatte meine Parteizeitung, mein Verbandsorgan, und damit glaubte ich auszukommen. Doch das war ein Irrtum, den ich kürzlich beim Wechsel der Regierung im Reich deutlich ein sah.

Der Fernstehende macht sich gar keinen Begriff davon, mit welcher Wucht plötzlich die Agitation der Sozialdemokratie einsetzte. Die Parole „Gewinn die christlichen Arbeiter, löst sie von den Parteien des Bürgerblocks“ wurde mit einem Schlag auf der ganzen Linie durchzuführen versucht. Dazu war natürlich auch eine infame Deke gegen die christlichen Gewerkschaften notwendig. Vor allem fiel man über die Führung her und überall hörten wir christlichen Gewerkschaftler dieselben Behauptungen gegen unsere Gewerkschaftsführer. Die Situation war keineswegs gemüßigt. Unsere Mitglieder kamen zu mir und ich konnte ihnen auf alle Fragen auch nicht die genügende Auskunft geben. Vergebens sah ich meine Parteizeitung durch. Ich fand in ihr wohl eine allgemeine Abwehr gegenüber den sozialdemokratischen Behauptungen, doch war sie, wie gesagt, einmal viel zu allgemein und auch viel zu schwach gegenüber dem sozialdemokratischen Anturum. Zwar hatte ich schon manden Strauch mit den Genossen gekämpft und ich kenne sonst keine Scheu, wenn ich mit ihnen debattiere; aber jetzt ging ich deshalb ungen und mit Jagen zur Arbeitstafel, weil ich ohne genügendes Material den Genossen nicht handhaben konnte. Ich merkte, wie ich an Anhang und Ansehen verlor.

Mit Sorgen ging ich zu dem Vorsitzenden meiner Ortsgruppe, ob sich er etwa eine Viertelstunde von meiner Wohnung entfernt wohnt. Nachdem ich mich gründlich ausgesprochen hatte, reichte er mir eine Anzahl Exemplare des „Deutschen“. Ich nahm sie gegen das Versprechen, sie wieder zurückzugeben, mit nach Hause. Den ganzen Sonnabend und einen guten Teil des Sonntags habe ich gebraucht, um den „Deutschen“ zu lesen und je länger ich las, um so leichter und froher wurde mir unser Herz. Nun wußte ich auch mit einem Mal, warum unser Vorsitzender stets so gut unterrichtet war. Wie oft hatte ich mich im Stillen über sein Wissen gemundert. Ich ging an den nächstfolgenden Tagen öfters zur Wohnung des Vorsitzenden, las den „Deutschen“ und ging dann viel freier zur Arbeit. Von der Zeit an bin ich mit den Genossen glänzend fertig geworden, so fertig geworden, daß sie es gar nicht mehr wagten, mit mir über Politik und Gewerkschaftsfragen zu reden. Sie sind recht kleinlaut geworden. Meine übrigen Arbeitskameraden hören mir heute wieder mit Vertrauen an. Ich habe aber eingesehen, daß ein Vertrauensmann unbedingt auch den „Deutschen“ lesen muß, wenn er die Mitglieder bei der Stange halten will.

## Der Evangelische Kirchentag zur Arbeitslosigkeit

Der Deutsche Evangelische Kirchentag als parlamentarische Gesamtvertretung aller deutschen evangelischen Landeskirchen hat im letzten Jahrzehnt mehrfach große Kundgebungen erlassen, von denen die Soziale Wochenschrift (Beibel 1924) noch in besonders guter Erinnerung ist. Auch die Entschließung des Betfelder Kirchentages zur Sonntagsruhe in Hochöfen- und Koksereibetrieben (gegen das Dommeldinger System) sowie die 1927 in Königsberg

gekraften Entschlüsseungen zur Sonntagstrübe im Handwerks- und Konditoreibetrieb und in der Landwirtschaft haben seinerzeit weitgehende Beachtung gefunden. Bis nunmehr der Kirchentag Ende Juni 1930 in Kürnberg versammelt war, wurde in seinem Sozialen Ausmaß als aktuelles Problem die Arbeitslosigkeit mit ihren sittlichen Gefahren und seelischen Nöten eingehend erörtert, worauf die Vollerfassung folgende Entschlüsseung antrat:

„Mit ernster Sorge sieht der Deutsche Evangelische Kirchentag die wachsenden wirtschaftlichen Nöten des deutschen Volkes, insbesondere die Massenarbeitslosigkeit. Da diese wirtschaftlichen Nöten große seelische Not und sittliche Gefahren für unser Volksleben mit sich bringen, sieht sich der Kirchentag verpflichtet, mit allem Ernst von den verantwortlichen Stellen in Reich und Ländern zu verlangen, daß zur Behebung dieser Not das äußerste getan wird, insbesondere zur Beschaffung von Arbeit. Der Kirchentag gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sich in ernster gemeinsamer Arbeit um Lösung dieser Lebensfrage bemühen.“

Der Kirchentag legt allen Gliedern der evangelischen Kirche mit diesem Aufruf die sittliche Verpflichtung nahe, die notwendigen Opfer zu bringen, um die darbenenden Volksgenossen durch diese Notzeit hindurchzubringen. Dazu gehört auch, daß das ganze deutsche Volk sich eine Vereinfachung der Lebensführung auferlegen muß. Die Führer des Volkes müssen dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Unnötiger Aufwand muß in persönlichen und öffentlichen Leben verschwinden und äußerste Sparsamkeit an seine Stelle treten.

Unsere Gemeinden und ihren Gliedern wird aus Herz gelegt, aller lieblichen und unberechtigten Kritik an den Opfern der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, denen es nicht an Willen zur Arbeit mangelt, sondern an der Arbeitsmöglichkeit und Arbeitsgelegenheit. Den arbeitslosen Volksgenossen bringt der Kirchentag sein tiefes Mitgefühl für ihre Notlage entgegen in der festen Zuversicht, daß gegen Verweigerung und Verbitterung die Kräfte des Evangeliums sich mächtig erweisen werden.“

R. Dube y (Duisburg).

## Ragen-Parade

Ein evangelischer Geistlicher aus Schlesien kündigt der Zeitschrift „Bodenreform“ folgende Zeilen: In Breslau ist jetzt eine reich besetzte Ausstellung von Ragen, die „Schlesische Zeitung“ vom 9. Mai berichtet über sie unter der Überschrift: „Parade der Ragen, 1400 Mark für einen Marmorperfer. Von goldenen Ketten und seidenen Kissen.“ Der Raumzerkäufer wegen entnehme ich dem lehrreichen Bericht nur wenige Zeilen: „Ein goldenes Bett, blaue Seide auch das mit Korallen verbrämte Kissen, auf dem der Familienpapa sich häuslich niedergelassen hat.“

Nun eine Bitte! Nicht weit von dem großen Saale wolle man in irgend eines der großen Seiten- oder Hinterhäuser treten! Auch da ist lehrreich zu schauen! Man sieht was nicht etwa nur in Breslau, sondern in vielen Großstädten, nicht Ragen, sondern Menschen als noch ihnen zu mitleidern Wohnraum gegeben wird! Die Bemohner haben dort weiche Betten noch seidene Kissen und Decken, auf denen sie ihre Glieder strecken. Sie begehren sie auch nicht! Aber sie haben auch nicht ein eigenes Bett! Hier sind 8 dort sind gar 11 Menschen in einem Raum gepfercht! Mehr als drei Betten hätten kaum Raum gepfercht! Mehr als drei Gesunde und Kranke, Alte und Kinder, natürlich auch Menschen verschiedensten Geschlechts!

Von den Folgen, auch denen für die Sittlichkeit der Kinder, schweige ich! Sie schreien laut gegen Himmel! Man gehe hin und verführe dort belebende Porträte über das Familienleben als die Grundlage der Staatswohlfaht, über Muttergild und Frauenwürde, zu halten!

Aber eine Frage möchte ich nicht unterlassen: Ist es zu verantworten, wenn solche, die sich ihres einschüdernden Eintretens für Nation und Altar besonders rühmen, alles tun, um zu verhindern, daß das Wohnverhältnisse gleich zu Lande kommt, das den § 155 der Reichsverfassung zur Tat werden ließe, der, wie jeder, der ihn kennt, weiß, nicht dem privaten Eigentum zu nahe tritt, wohl aber durch Hinderung der Spekulation mit väterländischen Boden solchen Zuständen ein Ende zu machen sucht! Es ist doch wohl nicht ganz unbekannt, daß einst einer, der das Reich der Armen trug, uns gelehrt hat, daß auch das ärmste Kind vor Gott einen Ewigkeitswert hat und denen ein ernstes Bedenke zu sein, die ihn nicht achten, und seine Zügel nicht an schönen Worten, sondern an den „Tribünen“ erkennen will, den Werken, welche die Gottesliebe als Wahrheit verkünden!

## Neue Millionen für das Baugewerbe

Trotz der gegenwärtigen so schmerzigen Wirtschaftsverhältnisse und der großen Arbeitslosigkeit, schreibt die Bauparlasse Gemeinschaft der Freunde Wüstentrot in Ludwigsbürg erfolgreich weiter, teils teils doch dieser Tage wiederum mehr als 10 1/2 Millionen Reichsmark an 601 deutsche und österreichische Bauparar zu.

Hiermit sind von der Gemeinschaft der Freunde im Laufe von 5 1/2 Jahren an insgesamt 9412 Bauparar Gesamtbeiträge in Höhe von 141,8 Millionen Reichsmark zum Bau oder Erwerb eines Eigenheims, sowie zur Hypothekenablösung bereitgestellt worden. Dabei ist zu beachten, daß die Gemeinschaft der Freunde unfürbare Darlehen zu 4 Prozent Zins mit Lebensversicherungsgang gibt.

Die ungewöhnlichen Erfolge dieses Unternehmens, das weitans an der Spitze der privaten und öffentlichen Bauparlasse steht, sind der beste Beweis für seine Leistungsfähigkeit, aber auch der Ausdruck zielbewußten Sparsinns und starken Lebenswillens im deutschen Volke.

## Friseurgewerbe

Hamm. Für das Friseurgewerbe in Hamm wurde nach langen Verhandlungen mit der Innung der Tarifvertrag mit gutem Erfolg für die Gewerkschaft erneuert. Der erste Tarifabschluß vom Oktober 1928 hatte in vielen Punkten Mängel, und es wurde der erste zulässige Kündigungstermin benutzt, mit der Innung über Verbesserungen in Verhandlung zu kommen. Die Innung glaubte

nun, der Zeitpunkt sei gekommen, die Löhne zu kürzen und machte dementsprechend ihre Gegenvor schläge.

Mit Hilfe des Schlichtungsausschusses kam am 30. Juni eine Vereinbarung zustande, welche sowohl im Rahmenvertrag wie auch im Lohnabkommen den Kolleginnen und Kollegen Vorteile bringt. Die Arbeitszeit wurde verfürzt. Die Ferientage wurden vermehrt und im ganzen eine viel klarere Festlegung des Rahmenvertrages erreicht. Die Löhne sind erhöht worden und werden wöchentlich ausbezahlt. In der Umwandlung der früheren Monatslöhne in Wochenlöhne liegt eine weitere Verbesserung des Gesamtverdienstes.

Auch bei dieser Tarifverneuerung sind zwar nicht alle Lohnforderungen der Arbeitnehmer bewilligt worden, aber der Vertragsabschluß kann, unter Verfürstigung der gegenwärtigen Lage, als guter Erfolg gebucht werden, und es wird auch die Zeit kommen, in welcher weitere Lohnzulagen erreichbar sind. Die Hammer Gewerkschaft wird diesen Erfolg zu würdigen wissen und einsehen, daß die gewerkschaftliche Organisation Vorteile bringt.

Unsere Ortsgruppe hat sich weiter die Aufgabe gestellt, die berufliche Ausbildung der Mitglieder zu fördern, und dies ist besonders für junge Kollegen von Bedeutung. Die rege Beteiligung der Mitglieder am Verbandsleben beweist uns, daß die Ortsgruppe den rechten Weg beschritten hat.

## Lohnabkommen für die Herrenmaßschneiderei Allgemeinverbindlich

Der Reichsarbeitsminister. Berlin, den 8. Juli 1930.

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

1. Parteien des Tarifvertrages
  - a) auf Arbeitgeberseite: Allgemeiner Deutscher Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe, Sitz Dresden;
  - b) auf Arbeitnehmerseite: Deutscher Fleißigen-Arbeiter-Verband, Sitz Berlin; Reichsverband christlicher Arbeitnehmer des Schneidergewerbes, Sitz Köln an Rhein; Gewerkschaft der Fleißigenarbeiter Deutschlands, Sitz Berlin.
2. Tag des Abschlusses: 12. April 1930, 4. Berliner Lohnabkommen für die Herrenmaßschneiderei, 68. Nachtrag zum Reichstarifvertrag.
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerkschaft in der Herrenmaßschneiderei mit Ausnahme der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer.
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Berlin, Bonn, Düsseldorf und die übrigen unter Städtegruppen I bis VII aufgeführten Orte.
5. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Juli 1930.
6. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag (Lohnabkommen).

Im Auftrag: gez. Schmitt.

Eingetragen am 11. 7. 1930 auf Blatt 9741 Iff. Nr. 14 des Tarifregisters.

Der Registerführer: gez. Sprengel.

## Literarisches

Der praktische Kräuterkund.

Ernährungsstörungen im Frühling und Sommer kann jeder ohne eine längere kostspielige Reise vornehmen, ohne seine Berufstätigkeit zu unterbrechen, wenn er den Körper im Freien oder am geöffneten Fenster täglich in Luft und Licht badet, den Zäufel- und Gynonastit fördert und für eine Blutreinigung und -reinigung sorgt. Denn wie der Dampf aus den Schwaden gereinigt werden muß, wenn die Maschine arbeiten soll, so auch die komplizierte Maschine des menschlichen Körpers. Unsere Garten-, Wald- und Feldpflanzen und -früchte enthalten Heilkräfte, wie sie eben nur in der Natur, „des Herrgotts Apotheke“, zu finden sind. Mehrere hundert solcher Heilpflanzen, an denen wir auf Spaziergängen meist achtlos vorbeigehen, sind aber, gesammelt, einen Heilfang von großen Werte darstellen, nennt und beschreibt Dr. med. Ortlieb in seinem soeben in sechster Auflage erschienenen 124 Seiten starken Buch „Der praktische Kräuterkund“. Das mit vielen Schwarz- und farbigen naturgetreuen Abbildungen angefüllte Werk liegt damit im 51. Tausend vor. Es gibt die Standortorte der Heilpflanzen, ihr Aussehen, die beste Zeit des Sammelns und die Verwendbarkeit bei den verschiedenen inneren und äußeren Leiden (sowie die Wirkung von Heilkräutern an. „Der praktische Kräuterkund“ ist das beste und daher verbreitetste Heilpflanzenbuch. Es kostet nur 2,50 Mk., im Originalband 3,50 Mk. im Verlag von Wilhelm Müller, Oranienburg, sowie in allen Buchhandlungen.

## Rundschau

Wieviel allgemeinverbindliche Tarifverträge hatten wir 1929? Nach einer Aufstellung des Reichsarbeitsministeriums (Reichsarbeitsblatt 31/1929) hatten wir in Deutschland im September vorigen Jahres 1902 Tarifverträge, das sind 39 mehr als Ende Juli. Davon bestanden in der Landwirtschaft 95 (Juli 86), Herstellung von Stahl und Eisen 80 (86), Holz- und

Schneidgewerbe 79 (74), Nahrungs- und Genussmittelgewerbe 144 (138), Handelsgewerbe 322 (311). Im August ging die Zahl der allgemeinverbindlichen Tarifverträge von 800 Ende Juli auf 195 Ende September zurück. Die allgemeinverbindlichen Tarifverträge der Angestellten erhöhten sich von 804 Ende Juli auf 814 im September. Von den 1902 Tarifverträgen sind 83 Reichstarifverträge, 1286 Bezirkstarifverträge und 492 Ortsstarifverträge.

## Die Arbeitsverhältnisse in den Vereinigten Staaten.

Die Untersuchungen, die der National Conference Board über die Arbeitsverhältnisse in über 2000 amerikanischen Industrieunternehmen in 26 Zweigbetrieben angestellt hat, sind sehr aufschlußreich. Danach ist zwar der durchschnittliche Monatslohn in den letzten zwei Jahren nur um 3 v. H. gestiegen, im letzten Jahre sogar überhaupt nicht, doch sind die Preise für Verbrauchsgüter aller Art zurückgegangen, so daß der amerikanische Arbeiter heute einen Reallohn verdient, der durchschnittlich um 20 v. H. höher ist als im Juli 1914. Weiter macht sich allgemein eine Besserung in der Beschäftigung bemerkbar, auch in der Automobilindustrie, in der Ende vergangenen Jahres nur eine geringe Nachfrage nach Arbeitsträften vorhanden war. Die durchschnittliche Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden betrug im Januar d. J. 48,2 gegenüber 47,9 im Dezember d. J. In der Automobilindustrie liegt die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden von 42,8 im Dezember auf 48,2 im Januar. Auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist um 8 v. H. gewachsen.

## Was die deutschen Staatsbürger erweisen.

Es gibt und wird immer Leute geben, die sich etwas „leisten“, und die ihren Überfluß augenfällig ihren Mitbürgern und allen Fremden vorbenutzen. Sie aber schon in den Budgetstätten viel Schein, hinter dem keine realen Werte stehen, so wird die Welt monotoner Vergnügungen tollends zur trügerischen Illusion bei der Bestimmung, wie wenig die meisten deutschen Staatsbürger mit ihrer Familie zu verdienen haben. Fast die Hälfte, nämlich 43,6 Prozent unserer Volksgenossen, mühen mit einem Jahresverdienst bis zu 1500 Mk. auszuhalten. Das sind monatlich 125, wöchentlich nicht ganz 29 und täglich etwa 4 Mk. Eine ganze Reihe Familienernährer bleiben noch darunter. Dabei sind die zahlreichsten Erwerblosen noch gar nicht mitgerechnet. Daß hier Schuldnern Rückenmeißel ist, bedarf gar keiner Frage. Einmal mehr als ein Viertel der deutschen Bevölkerung nämlich 29,2 Prozent, verdient bis zu 5000 Mk. im Jahre oder monatlich 250 oder wöchentlich 58 Mk. Auch hiermit kann man sich noch nicht besonders leisten. Es leben also rund drei Viertel aller deutschen Staatsbürger schlecht und recht von heute auf morgen. Sobald etwas „bavolisch kommt“, Krankheit eines Familienangehörigen oder gar Arbeitslosigkeit, ist sofort bitterer Not vorhanden, wenn nicht die Sozialversicherung helfend eingreift. Von dem übrigen Viertel verdienen 12,2 Prozent bis 5000 Mk. im Jahre oder 420 Mk. monatlich, 5,8 Prozent bis 6000 Mk. im Jahre oder 500 Mk. monatlich, 6,2 Prozent bis 15 000 Mk. oder 1240 Mk. monatlich, 2,6 Prozent bis 20 000 Mk. oder 1667 Mk. monatlich, 0,30 Prozent bis 100 000 Mk. oder 8400 Mk. monatlich und 0,1 Prozent über 100 000 Mk.

## Verbandsnachrichten

Adressenänderung

Stuttgart: Das Büro unseres Verbandes befindet sich jetzt Neckarstraße 12. Telefonnummer: 26 689 und 26 799.

## Beitragsleistung

Der 31. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 27. Juli bis 2. August, der 32. für die Woche vom 3. August bis 9. August.

## Die Moden-Rundschau

Beste und billigste Fachzeitschrift

Für jeden Meister und Zuschneider sowie für jeden Schneider und Schneiderin. Deseibel wird vom Verband der Zuschneider, Zuschneiderinnen und Direktoren, Sitz Hamburg, herausgegeben. Sie kostet im Jahresabonnement

**5,00 Mk. im Jahr**

Sechsmal im Jahr erscheint ein Doppelheft

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß wir unter Mithilfe bester Fachleute in dem kommenden Jahr die Fachabend-Ecke in der Zeitschrift noch wesentlich besser ausgestatten werden. Kein Schneider und keine Schneiderin sollte veräumen, die Zeitschrift zu bestellen. Preis für Mitglieder der Verbände Mk. 3,00

Bestellungen sind zu richten

**Verlag: Die Moden-Rundschau, Hamburg 11**  
Admiralitätsstraße 1911

**Priv. Zuschneide-Schule der Zuschneider-Vereinigung von Rheinland und Westfalen**

**Fachlehranstalt für moderne Zuschneidekunst**

Beginn neuer Kurse am 1. und 15. jeden Monats

**SOEBEN ERSCHEINEN:**

**Handbuch für die Herrengarderobe**

Konfektion, Uniformen, Amtstrachten, Berufskleidung

Ausgabe VII, 350 Seiten Inhalt, über 350 Darstellungen

Modernes Nachschlagewerk, zum Selbstunterricht geschrieben

**Preis: 20.- Mark**

**Prospekte durch die Geschäftsstelle, Köln a. Rh., Neumarkt 27/29**